

Beschlussfassung

Konsequenzen aus den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen September 2024

GEW wird die AfD bekämpfen

Die großen, aber letztlich nicht überraschenden Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ in Thüringen, Sachsen und Brandenburg sowie – wenn auch in geringerem Umfang – bei der letzten Landtagswahl in Hessen werden von der GEW mit Sorge zur Kenntnis genommen, Ziele und Auftreten dieser Partei werden verurteilt.

Rechtsruck bei allen

Der durch die AfD ausgelöste Druck auf alle Parteien führt zu einer deutlichen Rechtsbewegung bei allen. Um den Fortgang dieses Prozesses und seine Folgen abzuschätzen, ist es notwendig, dass sich die GEW intensiver mit der AfD, ihrem Programm und ihren Vorgehensweisen befasst, Konsequenzen daraus diskutiert und letztendlich zieht.

Die GEW muss handeln – aber planmäßig!

Zu diesem Zweck ruft die LDV den Landesvorstand auf,

- a) sich mit der Programmatik der AfD kritisch auseinanderzusetzen,
- b) sich mit dem Auftreten und den Aktivitäten der AfD in Hessen, insbesondere im Bereich Bildung und Erziehung sowie im Landtag zu befassen,
- c) Vorschläge zu erarbeiten, wie sich die GEW intern und öffentlich zur AfD verhalten soll. Der Blick sollte sich dabei auf Hessen konzentrieren, denn in Programmatik und Auftreten unterscheidet sich die hessische AfD z. B. von der in Thüringen, die dort wesentlich ungeschminkter rechtsradikal auftritt.
- d) Die GEW nimmt Kontakt mit Bündnispartner:innen auf, die im Kampf gegen den Rechtspopulismus gleiche Ziele verfolgen.
- e) Die GEW ruft die Gliederungen auf, vor Ort geeignete Maßnahmen zu ergreifen und Bündnispartner:innen zu finden.
- f) Der erinnerungspolitischen Wende, die die AfD forciert, muss die GEW die verstärkte Aufklärung über die NS-Zeit entgegensetzen.

Die Methoden der rechten Populisten in Hessen

Die politische Programmatik der AfD ist von einer großen Anzahl Forderungen geprägt, die sich mit den GEW-Positionen nicht decken. z. B. für ein traditionell gegliedertes Schulsystem, gegen eine verpflichtende Ganztagschule, gegen sog. „Genderwahn“ und „Frühsexualisierung“, für ein traditionalistisches Frauenbild, für verstärkte Sanktionen zum Erhalt des „Schulfriedens“, Beschränkung der Inklusion und Ausbau der Förderschulen, für Eignungstests zum Hochschulzugang, gegen „Überakademisierung“, Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, „Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus“ uvm.

Allerdings greift die AfD immer wieder tatsächliche Missstände und Probleme auf, die sie in ihre Programmatik aufnimmt, und versucht so, den Anschein zu erwecken, sich breit für die Interessen der Bürger:innen einzusetzen. Dazu Beispiele zum Bildungsbereich aus dem Wahlprogramm 2023:

- „Wir fordern, dass Krippen und Kindergärten ab dem ersten Kind kostenlos sind. Auch die Mittagsverpflegung muss für alle Kinder selbstverständlich kostenfrei dazugehören. Für alle Schulen ist die Mittagsverpflegung ebenfalls kostenfrei. Die Mahlzeiten müssen ausgewogen, schmackhaft und nahrhaft sein. Ein kindgerechter Betreuungsschlüssel, sowie gut ausgebildetes Betreuungspersonal, muss hierbei sichergestellt werden.“
- „Bildung – Dabei fühlen wir uns den damals zukunftsweisenden und auch heute noch bewährten Reformen Wilhelm von Humboldts verpflichtet. Dessen Bildungskonzept beinhaltet die schrittweise Ausgestaltung mentaler, kultureller und lebensorganisatorischer Fähigkeiten.“
- „Die Unterrichtsinhalte werden durch den Wertekanon des Grundgesetzes bestimmt und folgen den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses“
- „Die hessische Bildungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ist durch gravierende Fehlentwicklungen gekennzeichnet: eklatanter Lehrkräftemangel und eine daraus resultierende mangelhafte Unterrichtsversorgung, prekäre Angestelltenverhältnisse, marode Schul- und Hochschulgebäude und ein sich nur schleppend vollziehender Ausbau der digitalen schulischen Infrastruktur. Diese Entwicklungen sind die Folge jahrzehntelanger, unterdurchschnittlicher Bildungsinvestitionen des Landes Hessen.“
- „Wir setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung von qualitativ hochwertigen Quereinsteigerverfahren ein. Die Praxis der Kettenarbeitsverträge und der Entlassung in Ferienzeiten wird beendet! Honorararbeitsverträge sind nach spätestens einem Jahr in reguläre Angestelltenverhältnisse zu überführen.“
- „Zur Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben werden wir die Einstellung von Schulverwaltungsassistenten vorantreiben, damit jene sich auf ihre Kernaufgaben – Lehren und Erziehen – konzentrieren können.“

Diese Aufnahme von Forderungen in ihr Programm, die durchaus auch die GEW stellt und die öffentlich breit geteilt sowie insbesondere auch von betroffenen Eltern, Lehrkräften und Schüler:innen gestellt werden, ist eine Methode der Populist:innen, um Stimmen zu fangen. Wer allerdings damit konfrontiert werden muss, sind die übrigen politischen Parteien und insbesondere die Landesregierung: Werden solche elementaren Forderungen negiert, arbeiten sie den Rechten in die Hände. Deshalb werden wir uns als GEW weiterhin öffentlich und mit Nachdruck von der AfD distanzieren und auch die Landtagsparteien mit unseren Positionen konfrontieren. Dies auch als ein deutliches Signal gegenüber unseren Mitgliedern, denn es ist illusionär anzunehmen, dass AfD-Positionen nicht doch bei dem einen oder der anderen auf Sympathien treffen.